

"Ich möchte, dass es in 20 Jahren Bauern gibt"

Berlin. Frau Schulze, ist es nicht eine Schande, dass die Grüne Woche dieses Jahr nur digital war? Andernfalls hätten Sie alle Ihre kontroversen Fragen mit Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner bei einem Glas Riesling besprechen können … Gute Idee, aber eine Landwirtschaftsmesse ist nicht der Ort, an dem Bundesminister ihre politischen Differenzen klären. Julia Klöckner und ich reden viel miteinander. Aber wir haben unterschiedliche Meinungen zu vielen Themen, Sie haben Recht. Sie fordern eine Systemänderung in der Agrarpolitik. Was stört Sie am vorherigen System? Lesen Sie weiter nach der Anzeige Unser landwirtschaftliches System funktioniert nicht. Nicht für die Umwelt, nicht für Tiere …



News

Berlin. Frau Schulze, ist es nicht eine Schande, dass die Grüne Woche dieses Jahr nur digital war? Andernfalls hätten Sie alle Ihre kontroversen Fragen mit Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner bei einem Glas Riesling besprechen können ...

Gute Idee, aber eine Landwirtschaftsmesse ist nicht der Ort, an dem Bundesminister ihre politischen Differenzen klären. Julia Klöckner und ich reden viel miteinander. Aber wir haben unterschiedliche Meinungen zu vielen Themen, Sie haben Recht.

Sie fordern eine Systemänderung in der Agrarpolitik. Was stört Sie am vorherigen System?

Lesen Sie weiter nach der Anzeige

Unser landwirtschaftliches System funktioniert nicht. Nicht für die Umwelt, nicht für Tiere und auch nicht für Landwirte. Wir importieren Soja aus Brasilien, für das dort Regenwälder abgeholzt werden. Wir mästen damit Millionen von Schweinen, deren Gülle unser Wasser verschmutzt und deren billiges Fleisch die regionale Landwirtschaft hier und in ärmeren Ländern unter Druck setzt. Wir gehen für Quantität und wir gehen für billig. Davon müssen wir wegkommen.

Sie sagen den Schweinezüchtern, dass die Stände geleert werden müssen?

Die Einstellung muss besser werden. Und wir müssen die Tierhaltung wieder an den verfügbaren Platz anpassen. Allein in Deutschland investiert die EU jährlich sechs Milliarden Euro in ein Agrarsystem, das häufig den Tierschutz missachtet, Gewässer verschmutzt und die Landwirte einem enormen Preisdruck aussetzt. Ich möchte das ändern.

Wie?

Die Finanzierung sollte nicht mehr auf der Größe der Betriebe basieren, sondern vielmehr auf dem, was sie für den

Umweltschutz tun. Deutsche Landwirte müssen mehr tun, um das Klima und die Natur zu schützen, daran führt kein Weg vorbei. Wir können nicht mit der Natur verhandeln. Übrigens gibt es heute bereits viele Landwirte, die Gewässer sauber halten, Rückzugsorte für Tiere schaffen und die Bildung von Humus in ihren Böden fördern. Ich möchte, dass dieses Engagement belohnt wird.

Es ist seit langem entschieden worden, dass ökologische Kriterien auch bei der künftigen Agrarfinanzierung eine Rolle spielen sollten. Worüber streiten Sie noch?

Die Verhandlungen in Brüssel werden fortgesetzt. Und ein nationaler Strategieplan, den der Landwirtschaftsminister vorlegen muss, ist nicht in Sicht. Bisher habe ich viele Fragen von Frau Klöckner gehört, aber noch keine Ideen. Zeit ist von entscheidender Bedeutung, der Landwirtschaftsminister muss jetzt liefern. Ich habe meine Vorschläge auf den Tisch gelegt.

Julia Klöckner beschuldigt Sie, Bauern zu Landschaftsgärtnern machen zu wollen. Möchtest du?

Unsinn. Ich möchte, dass es in 20 Jahren Bauern in Deutschland gibt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, könnte es schwierig werden.

Jetzt übertreibst du ...

Das glaube ich nicht. Die Landwirtschaft darf sich nicht ihrer eigenen Grundlagen berauben. Nehmen wir zum Beispiel die Insektensterblichkeit, die hauptsächlich auf gerodete Agrarlandschaften und den übermäßigen Einsatz von Pestiziden zurückzuführen ist. Ohne eine Vielfalt von Insekten gibt es keine stabile Ernte. Wenn die Sterblichkeitsrate von Insekten so hoch bleibt, werden wir alle ein Problem haben – insbesondere die Landwirte.

Versteht der zuständige Minister das nicht?

Wir haben uns vorher auf Insektenschutz geeinigt. Das gesamte Kabinett entschied über die wichtigsten Punkte für das Aktionsprogramm zum Schutz von Insekten. Frau Klöckner stellt dies nun erneut in Frage, indem sie das Insektenschutzgesetz blockiert und die ebenfalls beschlossenen Beschränkungen für den Einsatz von Pestiziden nicht konsequent umsetzt. Es greift nicht nur mich an, sondern die gesamte Bundesregierung. Der Landwirtschaftsminister ist hier im Interesse der Agrarlobby, die jedoch in erster Linie die Interessen großer landwirtschaftlicher Betriebe vertritt. Und natürlich werde ich darauf bestehen, dass wir, wie beschlossen, endgültig aus Glyphosat herauskommen.

Im Wesentlichen geht es bei dem Streit um den Schutz der Obstgärten, die Sie fordern. Julia Klöckner befürchtet, dass strengere Regeln den Anreiz verringern, solche Wiesen zu erhalten oder zu schaffen.

Wir sprechen von häufig genutzten Obstgärten, die es schon lange gibt und die immer weniger werden. Dort werden keine Früchte für den Supermarkt oder die Lebensmittelindustrie produziert. Genau deshalb sind die Wiesen für die biologische Vielfalt so wichtig. Und deshalb möchte ich diese Wiesen bundesweit unter Schutz stellen, damit sie nicht mehr zerstört werden können.

Was ist, wenn Sie nicht einverstanden sind?

Ich bestehe darauf, dass das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart und im Kabinett beschlossen haben, jetzt umgesetzt wird. Wer die Bienen sonntags für systemrelevant erklärt, muss auch montags etwas tun, um sie zu schützen. Für viele Menschen ist das Thema Insektenschutz eine Herzensangelegenheit. Die CDU kann versuchen, denjenigen im Wahlkampf zu erklären, warum sie sich an die Verwendung von Glyphosat hält und sonst wenig für den Artenschutz tut.

Ein weiteres Thema, das im Wahlkampf eine Rolle spielen könnte, ist das Fracking für die Schiefergasförderung. Das 2016

verabschiedete Verbot soll in diesem Jahr vom Bundestag überprüft werden.

Meiner Ansicht nach gibt es keinen Grund, das Fracking-Verbot aufzuheben. Das Thema Fracking wird in Deutschland durchgeführt. Wir wollen es nicht, wir brauchen es nicht, und meine Prognose ist, dass es auch hier kein Fracking geben wird.

Wird Deutschland nicht schlank, wenn es lieber Pipeline-Gas aus Russland importiert, als sich um seine eigene Produktion zu kümmern?

Nach dem Auslaufen von Kohle und Atomkraft benötigen wir für eine Übergangszeit Erdgas, bevor unsere Energieversorgung mit erneuerbaren Energien vollständig klimaneutral werden muss. Deutschland selbst verfügt kaum über eigene Erdgasressourcen, weshalb wir hier auf Importe angewiesen sind. Die Entscheidung zum Bau der Nord Stream-Pipeline wurde vor vielen Jahren getroffen. Die Pipeline ist fast fertig und wurde durch ein Rechtsverfahren genehmigt. Ich hätte mir auch andere Entscheidungen vorstellen können. Aber wenn wir das Projekt jetzt stoppen würden, würden wir einen Teil des Porzellans im Hinblick auf die Zuverlässigkeit von Verfassungsentscheidungen zerschlagen und wahrscheinlich in Gerichtsverfahren geraten.

Wer mit Gas oder Öl heizt, muss seit diesem Jahr eine Klimasteuer zahlen. Es ist umstritten, ob der Mieter oder der Vermieter dafür bezahlen soll. Sie haben mindestens eine 50/50-Regelung gefordert, die SPD-Fraktion will die Kosten an die Vermieter weitergeben. Sind Abgeordnete mutiger als Sie?

Wir alle wollen einen Lenkungseffekt. Wer sich für eine Heizung entscheiden kann, sollte einen Anreiz zur Modernisierung haben. Und das ist der Vermieter. Der tatsächliche Verbrauch von Heizöl oder Erdgas liegt jedoch bei den Mietern. Wir brauchen daher einen Kompromiss. Deshalb habe ich 50/50 vorgeschlagen. Es gibt auch Ideen, um die spezifische Aufteilung nach Energieeffizienz zu verschieben. Wenn das rechtlich sicher

und praktikabel gemacht werden könnte, wäre ich offen dafür.

Was ist mit Mietern, die einen Gaskessel haben und den Energieversorger direkt bezahlen?

Wir brauchen eine Lösung für sie, die fünf Millionen Haushalte betrifft. Ich befürworte, dass diese Leute dem Vermieter am Ende des Jahres die Kosten für die Klimaanlage für ihre Heizung anteilig in Rechnung stellen.

Der CO2-Preis hat moderat begonnen, wird aber in den nächsten Jahren rasch steigen. Wie wollen Sie verhindern, dass der Klimaschutz zu einem sozialen Problem wird?

Der CO2-Preis wurde eingeführt, um eine steuernde Wirkung zu erzielen – nicht um das Staatseinkommen zu erhöhen. Wir können und müssen das Geld an die Menschen zurückgeben, insbesondere um diejenigen mit niedrigem Einkommen nicht zu verlieren. Durch die Begrenzung des Strompreises, das erhöhte Wohngeld und das höhere Pendlergeld können wir immer noch ein soziales Gleichgewicht erreichen. Aber das wird auf lange Sicht nicht ausreichen. Ich schlug eine Barzahlung in Form eines Klimaschuttschecks vor. Ich denke immer noch, dass es eine gute Idee ist und ich habe keine bessere gehört.

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> Zum kompletten Artikel

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de